



Eritrea

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
5,4 Millionen	Muslime	50%
	Christen	48%
	sonstige	2%

Schwierige Menschenrechtslage

Nach neuesten Berichten sind in Eritrea bis zu 3000 Menschen – die meisten davon sind Christen – wegen ihres religiösen Glaubens in Gefängnissen inhaftiert. Viele der Gefangenen wurden ohne fairen Gerichtsprozess eingesperrt. Die Haftbedingungen sind äußerst problematisch und gefährden die Gesundheit der Inhaftierten. Christen, die diese schlimme Situation überlebt haben, berichteten, dass viele Zellen völlig überfüllt waren und dass es weder sanitäre Anlagen noch ausreichende Belüftung gab. Andere berichteten, dass sie in Schiffscontainern eingesperrt waren, die sich unter der gleißenden Sonne extrem stark aufheizten. Viele Betroffene berichteten von Misshandlungen und Folter.

Der UN-Menschenrechtsrat berichtete im Juni 2015 in einer Untersuchung von „systematischen, weit verbreiteten und massiven Menschenrechtsverletzungen, ausgeübt von staatlichen Behörden“. Die Unterdrückung der Bevölkerung – manche Beobachter sagen, sie käme einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit nahe – hat zu einer Massenflucht geführt, was die Lage in dem Land noch weiter verschlimmert, wie katholische Bischöfe berichteten. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) meldet einen starken Anstieg der Flüchtlinge aus Eritrea. Allein in Äthiopien und im Sudan hielten sich Ende 2014 mehr als 200 000 Flüchtlinge aus Eritrea auf. Viele Flüchtlinge aus Eritrea schlagen sich inzwischen auch nach Europa durch.

Autoritärer Einparteienstaat

Nach einem dreißigjährigen Unabhängigkeitskrieg gegen Äthiopien erlangte Eritrea im Jahr 1993 die politische Unabhängigkeit von Äthiopien. Seitdem wird das Land von der „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ regiert und beherrscht, die aus der Unabhängigkeitsbewegung der Eritreischen Volksbefreiungsfront hervorgegangen ist. Präsident und Regierungschef ist seither



Eritrea

Isayas Afewerki. Die 1997 verabschiedete Verfassung des Landes ist nie in Kraft getreten. Eritrea ist ein Einparteienstaat, eine organisierte politische Opposition existiert nicht. Das Parlament tritt nur dann zusammen, wenn der Präsident es dazu aufruft. Das war zum letzten Mal im Jahr 2001. Damit ist das Parlament praktisch inaktiv. Alle wesentlichen Entscheidungen werden vom Präsidenten getroffen.

Zum Nachbarstaat Äthiopien bestehen nach wie vor gravierende Spannungen wegen des Grenzverlaufs. Von 1998 bis 2000 kam es zu einem blutigen Krieg um die Grenze. Der Grenzverlauf wird bis heute auch durch Truppen der Vereinten Nationen gesichert. Der ungelöste Grenzkonflikt hat in Eritrea zu einer Militarisierung der Gesellschaft geführt. Alle Männer unter 40 Jahren sind zu einem zweijährigen Militärdienst verpflichtet. Oft wird die Dienstverpflichtung aber sehr willkürlich auf mehrere Jahre verlängert. Der Dienst in der Truppe erfolgt zumeist unter sehr harschen Bedingungen. Die Vereinten Nationen sprechen in diesem Zusammenhang von einer Art „Zwangsarbeit, durch die viele Eritreer misshandelt, ausgebeutet und versklavt“ werden. So ist es oft auch dieser Militärdienst, den viele Flüchtlinge aus Eritrea als Fluchtgrund angeben.

Die katholische Kirche in Eritrea äußert sich seit Jahren kritisch zu dem in Eritrea praktizierten Militärdienst. Sie hat auch Protest dagegen eingelegt, dass auch katholische Priester zum Militär eingezogen werden. Christliche Gruppen, die aus Gewissensgründen einen Militärdienst ablehnen, haben mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Im Juni 2014 veröffentlichten die vier katholischen Bischöfe in Eritrea einen Brief unter dem Titel „Wo ist dein Bruder?“, in dem sie auf die Missstände im Land Bezug nahmen. Sie beklagten den Zerfall der Familien, deren Mitglieder entfernt voneinander leben, weil die Militärzeit so lange dauere. Zum Teil befänden sich Familienmitglieder im Gefängnis oder in Rehabilitations-Einrichtungen. Oft komme es vor, dass ältere Menschen sich selbst überlassen blieben. „Dies alles führt zu desolaten Zuständen in unserem Land“, so die Bischöfe. Manche Beobachter fürchten, das Regime könne auf diese kritischen Worte der Bischöfe mit Repressionen gegen die Kirche antworten.



Relionsgemeinschaften in Eritrea

Vom Staat offiziell anerkannt sind vier Religionsgemeinschaften: die Eritreisch-Orthodoxe Tewahedo-Kirche mit rund zwei Millionen Gläubigen, die Eritreisch-Katholische Kirche mit rund 150 000 Gläubigen, die Evangelisch-Lutherische Kirche mit weniger als 100 000 Mitgliedern und der Islam, zu dem sich etwa die Hälfte der rund 5 Millionen Einwohner Eritreas bekennt.

Der Patriarch der Eritreisch-Orthodoxen Tewahedo-Kirche, Abune Antonios, steht seit 2005 unter Hausarrest. Er hatte die Einmischung des eritreischen Regimes in innere kirchliche Angelegenheiten kritisiert und war daraufhin von einer Synode, die offenkundig nicht ordnungsgemäß einberufen worden war, seines Amtes enthoben. Im Mai 2007 wurde dann ein von der Regierung gebilligter Patriarch eingesetzt: Abune Dioskoros. Er ist der vierte Patriarch von Eritrea, wird jedoch von anderen Koptischen Kirchen bzw. dem Großteil des eritreischen Klerus und von den Gläubigen nicht anerkannt.

Unterdrückung nichtregistrierter Gemeinschaften

Vom Staat nicht anerkannte Religionsgemeinschaften, zum Beispiel freikirchliche Gruppen, werden vom Regime rücksichtslos unterdrückt, besonders wenn sie missionarisch aktiv sind. Sie dürfen ihren Glauben nicht praktizieren und leben mit der ständigen Angst, entdeckt und verhaftet zu werden. Das Regime betrachtet solche Gruppen als Gefahr für den Staat und lässt sie über seine Geheimdienste und Spione aufspüren. Durch Anschläge auf ihre Wohnungen, willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen und Folter werden diese Gruppen eingeschüchtert und unterdrückt. Zuweilen wird auch von Todesopfern berichtet. Seit einem gescheiterten Putschversuch einer kleinen Gruppe von Militärangehörigen im Januar 2013 soll die Unterdrückung von Oppositionellen und die Verfolgung nichtregistrierter religiöser Gruppen noch weiter zugenommen haben.

Im Jahr 2014 berichtete die US-Kommission für Religionsfreiheit weltweit (USCIRF), dass evangelikale und protestantische Christen während ihrer Haft unter Druck gesetzt worden seien, ihrem Glauben abzuschwören, um dadurch freizukommen. Den Gefangenen sei es nicht erlaubt gewesen, laut zu beten, zu singen, über ihren Glauben zu sprechen oder religiöse Bücher zu besitzen.



Eritrea

Es gibt Berichte, wonach in Eritrea seit einiger Zeit militante islamistische Gruppen zunehmend aktiv sind, womöglich mit Zustimmung des Regimes, darunter auch Milizen der al-Shabaab-Bewegung, die in Somalia ihren Schwerpunkt hat. Das eritreische Regime soll sogar Waffen an al-Shabaab geliefert haben.

Exemplarische Fälle von Gewalt

Oktober 2013: Nach über einem Jahr Gefangenschaft unter menschenunwürdigen Bedingungen starb in der Ortschaft Adi Quala die Christin Wehazit Berhane Debesai an einer Lungenentzündung. Eine medizinische Behandlung war ihr verweigert worden, da sie ihrem Glauben nicht abschwören wollte. Sie war inhaftiert worden, weil sie einer staatlich nicht anerkannten christlichen Gemeinschaft angehörte. Während ihrer Gefangenschaft war ihr jeder Kontakt zu ihrem Verlobten verboten.

Oktober 2013: 28 Jungen und 11 Mädchen einer Oberschule wurden verhaftet wegen ihres „christlichen Glaubens und ihrer Bindung an Jesus Christus“. Sie durften nicht an den Abschlussfeierlichkeiten ihrer Schulklasse teilnehmen. Behördenvertreter teilten ihnen mit, dass sie nur aus der Haft entlassen würden und die Hochschule besuchen dürften, wenn sie ihrem christlichen Glauben abschwören würden. Im Gefängnis dagegen würden sie mit nur wenig Essen und Trinkwasser auskommen müssen und zu Zwangsarbeiten herangezogen werden.

November 2013: In der Hauptstadt Asmara wurden rund 150 Christen verhaftet, die an einem unerlaubten Gebetstreffen teilgenommen hatten. Sie gehörten zur staatlich nicht zugelassenen „Kirche des lebendigen Gottes“ und hatten sich versammelt, um für die Lösung der Flüchtlingskrise in Eritrea zu beten.

Mai 2014: Fünf junge Männer der Evangelisch-Lutherischen Kirche, die sich auf die Ordination zum Pastor vorbereiteten, wurden in der Stadt Asmara verhaftet, kurz bevor die Ordination stattfinden sollte. Die fünf Kandidaten waren Petros Yosief, Bemnet Tesfay, Aklilu Tesfay, Ermias Hadgu und Aron Mehretu. Die Einmischung der staatlichen Behörden erfolgte, obwohl die



Evangelisch-Lutherische Kirche zu den staatlich genehmigten Religionsgemeinschaften gehört.

Januar 2015: Die US-Kommission für Religionsfreiheit weltweit (USCIRF) forderte die Regierung in Eritrea auf, den Patriarchen der Eritreisch-Orthodoxen Tewahedo-Kirche, Abune Antonios, freizulassen, ebenso die etwa 2000 Christen, die wegen ihres Glaubens inhaftiert seien. Religionsfreiheit sei ein grundlegendes und universelles Menschenrecht, das den Menschen in Eritrea zusammen mit anderen grundlegenden Freiheitsrechten aber seit mehr als zwei Jahrzehnten vorenthalten werde.

April 2015: In Libyen konnten fünf christliche Jugendliche aus Eritrea der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ entkommen. Sie waren von IS-Milizen gefangenengenommen worden, als sie zusammen mit 71 Männern und Frauen aus Eritrea und acht Personen aus Äthiopien in der Libyschen Wüste unterwegs waren. Die Jugendlichen waren mehr als einen Monat in Gefangenschaft gewesen und unter Gewaltandrohung gezwungen worden, zum Islam zu konvertieren. Sie waren auch gezwungen worden, die Enthauptung einiger der Gefangenen mitanzusehen. Sie konnten fliehen, als die Extremisten ihr Lager wegen militärischer Auseinandersetzungen in der Nähe verlegen mussten.

April 2015: Auf einem Video im Internet war zu sehen, wie drei Flüchtlinge aus Eritrea von militanten Islamisten enthauptet wurden. Die drei Männer hatten zuvor in Israel Zuflucht gesucht, konnten dort aber wegen der strengen Asylbestimmungen nicht bleiben und zogen dann nach Libyen, um vermutlich von dort nach Europa zu gelangen. In Libyen aber wurden sie Opfer von IS-Milizen.

Juni 2015: In Libyen fielen 86 Flüchtlinge aus Eritrea in die Hände von IS-Milizen: 74 Männer und 12 Frauen und Kinder. Die meisten von ihnen waren Christen. Die Gefangenen wurden entsprechend ihrer Religionszugehörigkeit in unterschiedliche Gruppen eingeteilt. Das berichteten drei Eritreer, die flüchten konnten. Wer behauptete, Muslim zu sein, musste Fragen zum Koran beantworten. Sechs Muslime wurden danach freigelassen. Wie die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) berichtete, machen Terroristen in Libyen gezielt Jagd auf Christen, um ägyptische Luftangriffe auf IS-Stellungen zu rächen.



Kirche in Not

ACN DEUTSCHLAND

Eritrea

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)

Deutsche Welle (DW): www.dw.com

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Human Rights Watch

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Katholische Nachrichtenagentur (KNA)

Radio Vatikan, Newsletter

U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014

U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015